

Vor der am 3.10.2013 begonnenen 15. Verhandlungsrunde waren die Positionen beider Seiten festgefahren, was eine Bestätigung eines eventuellen Abkommens durch die Bevölkerung betrifft.

Am 5.10. betonte die FARC, in welchen Positionen sie mit der Regierung übereinstimmt. SEMANA berichtet:

FARC stimmt mit Präsident Santos überein

Am Samstag stimmte die FARC der Auffassung von Präsident Santos zu, Kolumbien brauche einen modernen sozialen Diskurs.

“Zweifellos braucht unser Land einen sozialen Diskurs, einen modernen Diskurs, wie dies Präsident Santos darstellt hinsichtlich struktureller Reformen des Landbesitzes”, äußerte der Guerrillero Jesús Santrich. Damit bezog er sich auf die allgemeinen Äußerungen des Staatsoberhauptes, als dieses einging auf das Gesundheitssystem, die ländlichen Probleme und andere Reformen in dem südamerikanischen Land.

Santrich, dessen wirklicher Name Seusis Hernández ist, verlas ein Dokument der Guerrillagruppe, bevor er in eine Sitzung im Rahmen der Friedensverhandlungen in Havanna ging.

In dem Dokument, begrüßt die FARC ferner die Positionen des Generalstaatsanwalts Eduardo Montealegre, dessen Einschätzungen des Friedensprozesses erfüllt seien von “Realismus und Besonnenheit”.

Montealegre hatte kürzlich gegenüber der Presse erklärt, er erwarte “in der Nachkonfliktzeit in Kolumbien einen schmutzigen Krieg, der zu einer sehr großen Herausforderung für den kolumbianischen Staat werden wird”, sich selbst jedoch erklärte er zu einem “großen Optimisten in Bezug auf Frieden”.

Santrich appellierte “an alle zu verhindern, dass die warnende Botschaft Montealegres wahr wird”. Um dies zu erreichen, erklärten die Rebellen, sei es erforderlich, “Vereinbarungen zu schließen, um Mechanismen in die Praxis umzusetzen, die es erlauben, die Doktrin der Nationalen Sicherheit, des Inneren Feindes und des Paramilitarismus abzubauen”.

Zum anderen bestand Santrich erneut darauf, schleunigst eine Kommission zu bilden, die beauftragt wird mit der “Revision und Aufklärung der Geschichte des internen Konflikts in Kolumbien” und “efektive politische Garantien” zu vereinbaren.

In diesem Zusammenhang forderte die FARC Montealegre auf zu verstehen, dass die Unterschrift unter ein abschließendes Friedensabkommen nicht möglich und durchführbar sei, wenn danach die Führer der Guerrilla hinter Gittern landeten. In dieser Frage könne der Staat nicht Partei und Richter zugleich sein.

Die Verhandlungsdelegation der Regierung, angeführt von Humberto de la Calle, hat seit Beginn der neuen Verhandlungsrunde in Havanna öffentliche Erklärungen vermieden. Mit Unterstützung durch Kuba, Norwegen, Venezuela und Chile hatte der Dialog 2012 in Oslo begonnen und wurde später in Havanna seit Ende 2012 fortgesetzt. Ein Enddatum wurde nicht gesetzt.